
Liebe Leserinnen und Leser,

nach dem ersten Jahrestag des Beginns der Fukushima-Katastrophe am 11. März steht am 26. April der 26. Jahrestag der Tschernobylkatastrophe an. Auch dazu wird es wieder Veranstaltungen und Aktionen geben. Zum Beispiel am 28. April in Gorleben (s. u.). Und auch anderenorts wird mit dem „Druck der Straße“ versucht, den Zielen der Friedens- und Umweltbewegung näher zu kommen: Zu den Ostertagen mit den Ostermärschen, immer wieder im Frankfurter Flughafen und vor Ort an den möglichen Standorten gegen Fracking und gegen CCS. Diese und leider noch viel mehr Themen werden uns auch in diesem Frühjahr beschäftigen.

Zunächst wünscht Euch aber der BBU-Vorstand, die Bonner BBU-Geschäftsstelle und die BBU-Newsletterredaktion schöne Ostertage – bei Ostermärschen, im Kreis der Familie, beim Suchen von dioxinUNverseuchten Ostereiern, oder einfach irgendwo in der Stille der Natur ...



1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

Das BBU-Spendenkonto freut sich auf DEINE / IHRE Spende ...

Spendenkonto: Sparkasse Bonn (BLZ 37050198), Kontonummer: 1900.2666

Wer möchte, kann auch bequem online einen beliebigen Betrag an den BBU spenden:

https://www.spendenportal.de/formulare/spendenformular.php?projekt_id=11578

BBU jetzt auch bei Facebook

(UB) Die Bonner Geschäftsstelle des BBU hat jetzt bei Facebook im Internet eine so genannte „Facebook-Seite“ eingerichtet. Dort werden ab sofort aktuelle Pressemitteilungen des BBU, die BBU-Newsletter und weitere Informationen veröffentlicht. Wer ebenfalls bei Facebook vertreten ist, kann sich die Seite ja mal ansehen (gerne auch öfters), kann sie weiter empfehlen und / oder dort eigene Informationen hinterlegen.

Sicherlich ist Facebook ein umstrittenes Medium. Facebook wird nicht von Wohltätigkeitsverbänden betrieben und wirtschaftliche Interessen stehen (von vielen NutzerInnen unbemerkt) im Mittelpunkt. Wer also eine eigene Facebook-Seite betreibt, sollte gut überlegen, ob dort wirklich jede Minute des Lebenslaufes veröffentlicht werden sollte und ob jedes Konfirmationsbild oder die jüngsten Fotos der Großeltern veröffentlicht werden müssen. Man darf sicher sein, dass diese privaten Informationen persönlich zugeschnittene Werbung ermöglichen. (Viele Leute fühlen sich auch noch geschmeichelt, wenn sie bei Facebook persönlich gehaltene Werbung aufblitzen sehen ...).

Für uns steht allerdings das Verbreiten unserer Themen und Aktionen und das Vernetzen mit anderen gemeinnützigen Organisationen im Vordergrund, weshalb wir uns nach langen Diskussionen für eine Seite entschieden haben. Wir freuen uns auf spannende Beiträge und reges Interesse.

Den BBU findet Ihr bei Facebook unter www.facebook.com/BBU72. Unter dieser Adresse können auch Personen ohne eigene Facebook-Seite die Informationen des BBU einsehen und lesen. Bitte verbreitet diesen Link über E-Mail-Verteiler und / oder veröffentlicht ihn auf euren Internetseiten.

Terminhinweise

(UB) Terminhinweise und weiterführende Links z. B. zu den Ostermärschen der Friedensbewegung und zur bundesweiten Frühjahrskonferenz der Anti-Atomkraft-Bewegung (Mitte April in Ahaus) findet Ihr auf der BBU-Homepage unter <http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>.

Mit Aufklebern und Buttons Flagge zeigen

(UB) Beim BBU können zahlreiche Motive bestellt werden, ausführliche Informationen gibt es unter <http://www.bbu-online.de/Materialversand/Versand.html>.

BBU-Stromwechselkampagne

(UB) Der neue Flyer zur BBU-EWS-Stromwechselkampagne kann in größerer Stückzahl in der BBU-Geschäftsstelle bestellt werden. So sieht der Flyer aus: http://www.bbu-online.de/EWS/flyer_ews_web.pdf.



2. Themenbereiche

Anlagensicherheit

BBU fordert Europäische Union zur Umkehr in der Politik der Anlagensicherheit auf – Bundesregierung soll sich für fortschrittliche Regelungen bei der Novellierung der Seveso-II-Richtlinie einsetzen

Vor dem letzten Trilog der EU am 27.3.2012 zur Novellierung der Seveso-II-Richtlinie hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) scharfe Kritik an den bisherigen Ergebnissen geäußert. „Es scheint so, als hätten EU-Kommission, Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament eine Spirale in Gang gesetzt, die das Niveau der Anlagensicherheit immer weiter nach unten verlagert. Insbesondere bestimmte Mitgliedstaaten haben das Ziel, ein möglichst niedriges Level festzusetzen. Gerade von der deutschen Regierung hätten wir mehr erwartet“, erklärt Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU. Weiter erklärt er: „Am Dienstag besteht die letzte Chance, diesen Trend in einem Trilog umzukehren, einem Treffen zwischen den drei im gesetzgebenden Prozess der EU involvierten Institutionen - der Europäischen Kommission, dem Rat der Europäischen Union und dem Europäischen Parlament. Wir fordern hierzu die Bundesregierung auf, nicht länger dem Kurs des Wirtschaftsministeriums nachzugeben, sondern Umweltschutzaspekte in den Vordergrund zu stellen“

Konkret fordert der BBU die EU und die Bundesregierung auf, insbesondere die folgenden Punkte umzusetzen:

- Der Anwendungsbereich der Seveso-II-Richtlinie darf nicht reduziert werden. Dafür müssen bei den Gesundheitsgefahren die Stoffgruppen oral und dermal der Kategorie 3 in die Stoffliste der Richtlinie aufgenommen werden. Ansonsten würde der Geltungsbereich der Richtlinie in unabsehbarer Weise reduziert.
- Die Veränderung der Stoffliste der Seveso-III-Richtlinie darf nicht durch einsame Entscheidungen der EU-Kommission erfolgen. Vielmehr muss das Mitentscheidungsverfahren Anwendung finden, das eine Beteiligung des Europäischen Parlaments vorsieht. Ansonsten besteht die Gefahr des kontinuierlichen Wegfalls gefährlicher Stoffe.
- Die Möglichkeit der Öffentlichkeit, Entscheidungen und Pläne umfassend überprüfen zu lassen, muss sichergestellt werden. Der Zugang zu Gerichten muss insbesondere für die Überprüfung der externen Notfallpläne eröffnet werden.
- Für Störfallbetriebe muss eine Pflicht zur ausreichenden finanziellen Versicherung eingeführt werden. Ansonsten besteht bei Störfällen die Gefahr, dass die Öffentlichkeit für die durch Störfälle hervorgerufenen Schäden aufkommen muss.

Oliver Kalusch vom BBU führt weiter aus: „Diese Aspekte sind nur ein Bruchteil dessen, was für eine fortschrittliche Politik der Anlagensicherheit nötig wäre. Der vor 15 Monaten vorgelegte Entwurf der EU-Kommission zur Seveso-III-Richtlinie ist jedoch immer weiter verwässert worden. Wir fordern die Bundesregierung und die Akteure der EU auf, das Schlimmste zu verhindern und sich am Dienstag zumindest auf dieses Minimalprogramm zu einigen.“

Pressemitteilung des BBU vom 26.03.2012,

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/26.03.12.html>

Atomindustrie

Aus Sicherheitsgründen den Widerstand gegen Atomkraftwerke, Uranfabriken und Atomtransporte fortsetzen

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat die sechs zentralen Großaktionen der Anti-Atomkraftbewegung als großen Erfolg und eindrucksvollen Protest gegen jegliche Nutzung der Atomenergie bezeichnet. Am Sonntag, es war der erste Jahrestag des Beginns der Atomkatastrophe im japanischen Fukushima, haben rund 50.000 Menschen an den AKW-Standorten Brokdorf, Gundremmingen und Neckarwestheim, in Hannover (in der Nähe des AKW Grohnde), in Gronau am Standort der einzigen deutschen Urananreicherungsanlage und im Braunschweiger Land demonstriert. Im Braunschweiger Land wurde dabei mit einer Menschenkette auf die Gefahren der dortigen Atommüll-Projekte hingewiesen. Weitere dezentrale Anti-Atomkraft-Demonstrationen gab es u. a. an den Atomstandorten Lingen und Mitterteich.

Der BBU, der sich für den weltweiten und sofortigen Atomausstieg engagiert, betont, dass auch in der Bundesrepublik Deutschland aus Sicherheitsgründen der Widerstand gegen Atomkraftwerke, Uranfabriken und Atomtransporte fortgesetzt werden muss. "Der vermeintliche 'Atomausstieg', von dem hierzulande die Rede ist, ist nur eine Mogelpackung", erklärt Udo Buchholz vom BBU-Vorstand. Der BBU kritisiert, dass weiterhin Atomkraftwerke in Betrieb sind und dass in Lingen und Gronau Uran für den Einsatz in Atomkraftwerke in aller Welt vorbereitet wird. Nach Angaben des BBU ist auch in der nächsten Zeit mit erheblichen Protesten seitens der Anti-Atomkraftbewegung zu rechnen. *Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 12.03.2012, vollständiger Text unter*

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/12.03.12.html>

Nach der Großdemo: Die örtliche Speerspitze des Widerstandes erwartet konsequentes Vorgehen der Landesregierung gegen die Uranmüllproduktion in Gronau

Der Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau, der seit 1981 zur Speerspitze des Widerstandes gegen die Gronauer Urananreicherungsanlage gehört, verlangt, dass NRW-Wirtschaftsminister Voigtsberger seine Kompetenzen zum Schutz

der Bevölkerung ausschöpft. Minister Voigtsberger hatte am Wochenende mitgeteilt, dass erst im Herbst erste Ergebnisse sogenannter Sicherheitsüberprüfungen für die Urananreicherungsanlage vorliegen würden. Der AKU Gronau ist als Bürgerinitiative vor Ort mit dem Atom-Schmusekurs der Landesregierung nicht einverstanden und erwartet ein konsequentes Vorgehen der rot-grünen Landesregierung gegen die ständige Uranmüllproduktion in Gronau. In diesem Zusammenhang wird an die rücksichtslosen Umgang mit Atommüll in dem Atommüll-Lager Asse und im Atomkraftwerk Brunsbüttel erinnert; in Brunsbüttel wurden vor wenigen Tagen verrostete Atommüllfässer entdeckt. Der AKU Gronau, und mit ihm zahllose Initiativen und Verbände, fordert, dass Minister Voigtsberger alle bisher erteilten Betriebsgenehmigungen für die Gronauer Urananreicherungsanlage und zum Bau eines Hallenlagers für 60.000 Tonnen Uranoxid unverzüglich aufhebt. "Das ist nach dem Atomgesetz her möglich. Immer wieder gab es Störfälle in der Anlage, der ganze Komplex ist nicht gegen Flugzeugabstürze zu schützen und für den anfallenden Atommüll gibt es weit und breit keine sichere Lagerungsmöglichkeit. Das sind unhaltbare Zustände", betont der AKU Gronau und befürchtet, "wenn in Brunsbüttel die Atommüllfässer in unterirdischen Lagern verrostet sind, dann ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Urancontainer im Gronauer Freilager bei Wind und Wetter auch durchrosten, durchaus gegeben."

Die Demonstration in Gronau, an der sich am Sonntag, dem ersten Jahrestag der Fukushima-Katastrophe, rund 4000 Menschen und 25 Trecker beteiligt haben, bezeichnet der AKU als eindeutiges Signal an die NRW-Landesregierung, dass diese endlich handeln muss. Der AKU bedankt sich bei allen örtlichen und überörtlichen Initiativen und Verbänden sowie den Privatpersonen, die an der Organisation und Durchführung der Demonstration beteiligt waren, und dankt auch den vielen Menschen, die an der Großaktion teilgenommen haben.

Aus einer Pressemitteilung des AKU Gronau vom 13.03.2012, <http://www.aku-gronau.de/texte/20120313-presse-aku.html>, Der Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau ist eine Mitgliedsinitiative des BBU, www.aku-gronau.de.

Sonderzüge transportierten 900 Tonnen Uranhexafluorid durch das Münsterland

Der BBU hatte gestern in einer Pressemitteilung darauf hingewiesen, dass in dieser Woche zwei Sonderzüge mit insgesamt 900 Tonnen Uranhexafluorid zur Gronauer Urananreicherungsanlage (UAA) gefahren sind. Inzwischen hat der BBU verschiedene Beobachtungen und Informationen aus der Bevölkerung weiter ausgewertet. Dabei hat sich herausgestellt, dass es sich bei einem der beiden beobachteten Transporte um einen Abtransport von Uranhexafluorid gehandelt hat.

Der BBU engagiert sich grundlegend gegen die zahllosen Urantransporte, die im Zusammenhang mit der Urananreicherungsanlage in Gronau erfolgen. Der bundesweit organisierte Verband kritisiert die Geheimniskrämerei, mit der die hochgefährlichen Urantransporte betrieben werden. "Niemand ist an den Bahn- und LKW-Transportstrecken auf einen Unfall mit Uranhexafluorid-Freisetzungen konkret vorbereitet. Im Ernstfall müsste kurzfristig weiträumig evakuiert werden. Das kann aber nicht funktionieren, wenn im Vorfeld Feuerwehren, Rotes Kreuz usw. nicht über die Transporte informiert sind", warnt Buchholz. Wie typische Urantransporte von und nach Gronau aussehen verdeutlicht ein Film bei Youtube: <http://www.youtube.com/watch?v=SA4u4nufyDo>

Weitere Informationen rund um die Castor- und Urantransporte gibt es im Internet unter www.bi-ahaus.de, www.keincastor-nach-ahaus.de, www.westcastor.de, www.aku-gronau.de, www.urantransport.de. Telefonische Auskünfte gibt es beim Arbeitskreis Energie des BBU unter 02562-23125. Unter dieser Telefonnummer können auch beobachtete Uran- und Atommüll-Transporte mitgeteilt werden. Bei Beobachtungen sollten besonders Informationen über Uhrzeit, Fahrtrichtung, Gefahrgutkennzeichen und LKW- bzw. Bahnaufschriften notiert werden.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 17.03.2012, vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/17.03.12.html>

Der BBU fordert die sofortige Stilllegung des AKW Mühleberg (Schweiz)

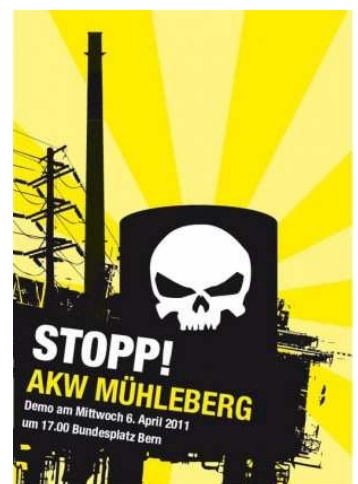
Die heutige Ankündigung des Schweizer BKW-Konzerns, das Atomkraftwerk Mühleberg noch bis 2022 am Netz zu halten, wird vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) scharf kritisiert. Der BBU weist darauf hin, dass das AKW Mühleberg bereits seit 40 Jahren in Betrieb ist. "Da darf das AKW die Bevölkerung keinen Tag länger bestrahlen", so der Umweltverband mit Sitz in Bonn. Der BBU betont, dass ein Störfall in Mühleberg auch in der Bundesrepublik Deutschland Auswirkungen haben könnte und dass es auch in der Schweiz kein Atommüll-Endlager gibt. Die Entfernung vom AKW Mühleberg z. B. bis Bonn beträgt rund 500 km, von Tschernobyl bis Bonn rund 2000 km.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 23.03.2012, vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/20.03.12.html>

BBU für sofortige und endgültige Stilllegung des AKW Brokdorf

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat nach der Abschaltung des Atomkraftwerk Brokdorf die sofortige und endgültige Stilllegung des AKW bei Hamburg gefordert. Das AKW Brokdorf ist am Mittwoch vom Netz genommen worden, nachdem im Rahmen einer Inspektion gebrochene Niederhaltefedern festgestellt wurden.

Der BBU erinnert daran, dass am ersten Jahrestag des Beginns der Fukushima-Katastrophe (11. März) im Rahmen bundesweiter Anti-Atomkraft-Demonstrationen auch am AKW Brokdorf demonstriert wurde. Nach Auffassung des Umweltverbandes, der schon vor über 30 Jahren gegen den Bau des AKW Brokdorf protestiert hatte, steht fest, dass zum Schutz der Bevölkerung das AKW Brokdorf endgültig stillgelegt werden muss. "Ein schwerer Unfall im AKW



Brokdorf hätte Auswirkungen weit über Norddeutschland hinaus. Und kein Mensch kann sagen, wo der Atom Müll aus Brokdorf sicher und dauerhaft gelagert werden kann", kritisiert BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz.

Der BBU ruft zur Teilnahme an weiteren Aktionen der Anti-Atomkraft-Bewegung auf. "Am Karfreitag, 6. April, wird auch wieder in Brokdorf demonstriert", so Udo Buchholz. Weitere Informationen und Termine der Anti-Atomkraft-Bewegung findet man im Internet u. a. unter www.anti-atom-aktuell.de.

Pressemitteilung des BBU vom 29.03.2012,

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/29.03.12.html>

Unterstützt die ROBIN WOOD - Unterschriftenaktion gegen die Urananreicherungsanlage Gronau

Wenige Tage vor den diesjährigen Ostermärschen möchten wir euch von ROBIN WOOD in Sachen Urananreicherung ansprechen und bitten euch um Unterstützung für eine Unterschriften-Aktionen zur Stilllegung der Urananreicherungsanlage Gronau! Um den Brennstoff für Atomkraftwerke oder den Stoff für die Atombomben zu bauen muss Uran angereichert werden. Im westfälischen Gronau steht eine Uranfabrik, die für AKWs in aller Welt diese Aufgabe übernimmt. Sie funktioniert technisch nach den gleichen Prinzipien, wie zum Beispiel die derzeit umstrittene Urananreicherung im Iran.

Während hierzulande nach der Atomkatastrophe von Fukushima einige AKWs abgeschaltet wurden, sollen die verbliebenen neun AKWs schrittweise bis 2022 abgeschaltet werden. Völlig unbefristet aber soll der Betrieb der Uranfabrik in Gronau weitergehen und Atomgefahren unbefristet weiter exportiert werden. Deswegen hat ROBIN WOOD eine Unterschriften-Aktion gegen die Uranfabrik in Gronau gestartet. Bitte unterstützt diese Aktion und unterschreibt online auf <http://www.robinwood.de/uran>. Und bitte: Verbreitet diese Information weiter! Danke.

Beste Grüße

Dirk Seifert

ROBIN WOOD – Nernstweg 32 – 22765 Hamburg

Tel: 040-3808 92-21, <http://www.robinwood.de>

Anm. der Redaktion: Es gibt bei Robin Wood auch Unterschriftenlisten gegen die UAA Gronau. Robin Wood ist eine Mitgliedsorganisation des BBU.

Osteraktionen der Anti-Atomkraft-Bewegung an Atomstandorten

Der BBU hat heute in Bonn mitgeteilt, dass zu den Ostertagen an verschiedenen Standorten der Atomindustrie gegen die weitere Nutzung der sogenannten "zivilen" Atomenergie demonstriert wird. Dem BBU sind bisher Osteraktionen an folgenden Atomstandorten bekannt:

- Karfreitag, 6. April: Mahnwache am Haupttor des Atomkraftwerks Brokdorf, 14.00 bis 16.00 Uhr, www.anti-atom-initiative.de
- Karsamstag, 7. April: Symbolische Blockade der Feuerwehrezufahrt (Lerchenweg) der Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau (Westfalen), 12.00 bis 13.00 Uhr, www.aku-gronau.de
- Karsamstag, 7. April: Auto-Kino beim Salinas-Gelände in Gorleben, 20.00 Uhr. Gezeigt wird der Film "Uranium - is it a country?", www.castor.de/8termine.html, www.strahlendesklima.de
- Ostersonntag, 8. April: Gorlebener Gebet-Andachten, an den Gorleben-Kreuzen, 14.00 Uhr, www.castor.de/8termine.html
- Ostersonntag, 8. April: Atom-Müll-Spaziergang, 14.00 Uhr, Wittmar, Parkplatz bei der Assewirtschaft, an der Info-Tafel von Asse II, www.asse2.de/termine.html
- Ostermontag, 9. April: Ostermarsch zum Gelände von Urenco / ETC beim Atomkomplex in Jülich, 12.00 Uhr ab Bahnhof Jülich, www.westcastor.de



Der BBU betont, dass sogenannte "zivile" und militärische Atomanlagen zwei Seiten einer Medaille sind. Wer beispielsweise im Besitz einer Urananreicherungsanlage ist, verfügt damit über die grundlegende Technik, Uran für Atomkraftwerke, aber auch für Atomwaffen, anzureichern zu können. Dies gilt für Urananreicherungsanlagen im Iran ebenso, wie in der Bundesrepublik, in den USA, in Russland und anderswo. Zudem fällt bei der Urananreicherung sogenanntes abgereichertes Uran an, das bereits wiederholt in Kriegseinsätzen in Form von Uranmunition zum Einsatz kam und Verseuchungen verursachte und immer noch verursacht. Informationen hierzu gibt es u. a. unter www.urankonferenz2012.de.

Leicht gekürzte Pressemitteilung des BBU vom 02.04.2012. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/02.04.12.html>

Ostermarsch in Jülich (Ostermontag)

Der Ostermarsch in Jülich findet im Rahmen der bundesweiten Ostermärsche der Friedensbewegung statt und richtet sich gegen jegliche Nutzung der Atomenergie und gegen alle Atomtransporte. Die Aktion beginnt um 12.00 Uhr mit einer Auftaktkundgebung am Bahnhof in Jülich. Der eigentliche Ostermarsch führt zum Firmengelände der Enrichment Technology Company Limited (ETC).

ETC ist ein Unternehmen für die Entwicklung und Fertigung von Gaszentrifugen. Mit diesen kann in Urananreicherungsanlagen Uran so angereichert werden, dass es sich zur Energieerzeugung in Atomkraftwerken eignet. Grundsätzlich kann mit den Gaszentrifugen auch Uran für Uranbomben angereichert werden.

Es soll verdeutlicht werden, dass in Jülich wichtige Komponenten für die internationale Atomindustrie produziert werden. Gleichzeitig soll auch darauf aufmerksam gemacht werden, dass die Urananreicherung auch für militärische

Zwecke Verwendung finden kann. Brisantestes Beispiel dafür ist derzeit der Iran, der auch über die Zentrifugentechnologie zur Urananreicherung verfügt.

Der Ostermarsch in Jülich richtet sich ebenfalls gegen die geplanten Atommüll-Castortransporte von Jülich nach Ahaus. Die hochgefährlichen Transporte wurden bisher noch immer nicht endgültig abgesagt.

Bei der Auftaktkundgebung am Jülicher Bahnhof und bei der Abschlusskundgebung vor dem Gelände der ETC werden u. a. Martina Haase und Siegfried Faust, beide vom Aktionsbündnis Stop Westcastor, und Udo Buchholz zu Wort kommen. Buchholz wohnt in der Nähe der Gronauer Urananreicherungsanlage und ist Vorstandsmitglied des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU).

Weitere Informationen gibt es im Internet unter www.westcastor.de.

Aus einer gemeinsamen Pressemitteilung des BBU, des Aktionsbündnis Stop Westcastor und anderer Organisationen. Vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/04.04.12.html>.

Das Aktionsbündnis Stop Westcastor ist eine Mitgliedsinitiative des BBU.

Demo 28.04.: Endlagersuche: Weiße Landkarte mit schwarzem Fleck – Gorleben muss vom Tisch!

Seit Ende 2011 verhandelt Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) mit den Vertretern der Länder um ein Endlagersuch-Gesetz. Ein oder zwei weitere Standorte will Röttgen mit Gorleben als "Referenzstandort" vergleichen. Doch Gorleben ist politisch verbrannt und geologisch ungeeignet. Im Schnellverfahren soll ein Gesetz verabschiedet werden, das Gorleben nicht ausschließt. Wir sagen: Eine unglaubliche Chance wird hier verspielt, das Gorleben-Desaster zu beenden.

Die Fehler der Vergangenheit werden wiederholt. Eine Konsultation mit kompetenten und engagierten Akteuren wie den Umweltverbänden, Anti-Atom-Initiativen, Gewerkschaften und Kirchen bleibt aus. Ein reiner Parteienkonsens ist kein gesellschaftlicher Konsens. Erneut werden Fakten geschaffen, statt eine umfassende Atommülldebatte zu führen. Es werden keine Konsequenzen aus den Skandalen um die havarierten Atommüllendlager in Morsleben und der Asse gezogen.

Wir sagen ganz deutlich: Wenn Gorleben jetzt nicht aufgegeben wird, droht am Ende wieder Gorleben dabei herauszukommen. 1,6 Milliarden Euro wurden dort im maroden Salzstock bereits versenkt – das schafft Fakten. Eine Endlagersuche mit Gorleben ist keine weiße Landkarte, die hat bereits einen dicken schwarzen Fleck – und der muss weg!

Noch ist das Endlagersuch-Gesetz nicht beschlossen – jetzt zählt unser Protest. Am 28. April demonstrieren wir gegen die Fortsetzung des Gorleben-Desasters und für den sofortigen Stopp der Atommüllproduktion.

Wir fordern einen echten Neuanfang: Das Endlagerprojekt Gorleben muss unumkehrbar aufgegeben werden – mit einem sofortigen, endgültigen Bau- und Erkundungsstopp. Die vorläufige "Sicherheits"analyse muss abgebrochen werden. Eine umfassende öffentliche Atommülldebatte ist überfällig.

Kommt zur Kundgebung am 28. April um 13 Uhr nach Gorleben. Im Anschluss findet eine kulturelle Umzingelung des Bergwerks statt: mit Tanz und Theater, Mundorgeln und Megaphonen, Trillerpfeifen und Transparenten.

Dieser Demo-Aufruf zum 26. Tschernobyl-Jahrestag (26. April) wird auch vom BBU unterstützt. Plakate und Flugblätter gibt es bei der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg – eine Mitgliedsorganisation des BBU.

<http://www.bi-luechow-dannenberg.de/demo-28-04>



Westcastoren

Aktuelle Infos zu den drohenden Castor-Transporten von Jülich nach Ahaus gibt es unter

<http://www.kein-castor-nach-ahaus.de> und bei den BBU-Mitgliedern BI Kein Atommüll in Ahaus und Aktionsbündnis Stop Westcastor: <http://www.bi-ahaus.de> und <http://westcastor.de>.

Fluglärm

Schelmenstück der hessischen Landesregierung wurde vorläufiges Ende bereitet

Das Bündnis der über 70 Bürgerinitiativen rund um den Frankfurter Flughafen (BBI) begrüßt ganz außerordentlich, dass das Bundesverwaltungsgericht mit seinem Urteil vom heutigen Tage dem Schelmenstück des Hess. Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr, des Hess. Landesregierung, der sie tragenden Parteien und der Luftverkehrsindustrie ein zumindest vorläufiges Ende bereitet hat.

Vollständige Pressemitteilung des BBI zum Urteil des Bundesverwaltungsgerichts am 4.4.2012 unter <http://frankfurt-nord-gegen-fluglaerm.de/archives/2005>

Immissionsschutz

Immissionsgrenzwert für Stickstoffdioxid in Witten dramatisch überschritten – BBU fordert Überarbeitung von Luftreinehalteplänen in NRW

(Witten, Bonn, 03.04.2012) Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) fordert eine unverzügliche Überarbeitung des Luftreinehalteplans für Witten. Grund sind die extremen Überschreitungen des Jahresmittelwerts für Stickstoffdioxid in den Jahren 2010 und 2011. Stickstoffdioxid führt zu Atemwegserkrankungen, Bronchitis und Herz-Kreislauf-Erkrankungen.

Der Grenzwert der 39. Verordnung zum Bundes-Immissionsschutzgesetz von 40 µg/m³ ist in Witten deutlich überschritten. An der Messstation Ruhrstraße wurde für 2010 ein Jahresmittelwert von 52 µg/m³ ermittelt. Der jetzt von der Bezirksregierung Arnsberg für 2011 genannte Jahresmittelwert beträgt immer noch 48 µg/m³, obwohl ein Großteil der Maßnahmen des Luftreinhalteplans bereits umgesetzt wurde. Damit ist der Luftreinhalteplan Witten in seiner jetzigen Form gescheitert.

Oliver Kalusch, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands des BBU war Vertreter der Umweltverbände in der Projektgruppe der Bezirksregierung Arnsberg zum Luftreinhalteplan. Er kritisiert: „Bereits bei der Erstellung des Luftreinhalteplans war abzusehen, dass die Prognosen überoptimistisch waren. Für 2010 wurde selbst ohne die Berücksichtigung jeglicher Reduktionsmaßnahmen nur ein Wert von ca. 43 µg/m³ prognostiziert. Tatsächlich wurden ca. 9 µg/m³ mehr gemessen. Im Jahr 2011 ist ein Großteil der Maßnahmen umgesetzt. Die Messwerte sind trotzdem immer noch um ca. 5 µg/m³ höher als die Prognose. Bei dieser Fehlkalkulation wird die für 2015 angestrebte Einhaltung des Immissionsgrenzwerts sicher verfehlt.“

Der BBU fordert daher die Bezirksregierung Arnsberg und die Stadt Witten auf, endlich wirksame Maßnahmen zur Minderung der Stickstoffdioxidimmissionen zu ergreifen. „Die bisherigen Maßnahmen wie Verkehrsverflüssigung und Förderung des Fahrradverkehrs hatten einen rein kosmetischen Charakter. Auch mit der ab 1.6.2012 vorgesehenen Reduzierung des LKW-Verkehrs kann der Immissionsgrenzwert nicht eingehalten werden. Stattdessen müssen die Bezirksregierung Arnsberg und die Stadt Witten nun kurzfristig einschneidende Verkehrsbeschränkungen durchsetzen“, führt Ursula Weiß vom BBU-Vorstand aus.

Für Oliver Kalusch hat das Scheitern des Wittener Luftreinhalteplans noch einen weiteren, NRW-weiten Aspekt: „Das Modell zur Immissionsprognose ist in ganz Nordrhein-Westfalen zur Aufstellung der Luftreinhaltepläne verwendet worden. Wenn in Witten eine derart deutliche Unterschätzung der tatsächlichen Belastungslage vorliegt, ist dies auch an anderen Orten zu erwarten. Daher müssen alle Luftreinhaltepläne in NRW einer Prüfung unterzogen und gegebenenfalls überarbeitet werden.“

Pressemitteilung des BBU vom 03.04.2012,

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/03.04.12.html>

Naturschutz

Großenlüder: Gravierende Mängel im Erörterungstermin ZKW Otterbein dargelegt

Der BBU, die BI Pro Lebensraum Großenlüder und der Ortsverband Großenlüder / Bad Salzschlirf des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland fordern eine Überarbeitung des Antrags der Zement- und Kalkwerke Otterbein zur Absenkung des Kalksteinbruchs in Großenlüder-Müs, eine Neuauslegung der überarbeiteten Unterlagen sowie einen neuen Erörterungstermin. Zudem muss die Rechtmäßigkeit des bisherigen Planfeststellungsbescheids geprüft werden. Bei der zweitägigen Erörterung der zahlreichen Einwendungen im aktuellen Planänderungsverfahren wurde seitens der kritischen Experten die Auffassung verstärkt, dass der Antrag nicht genehmigungsfähig ist.

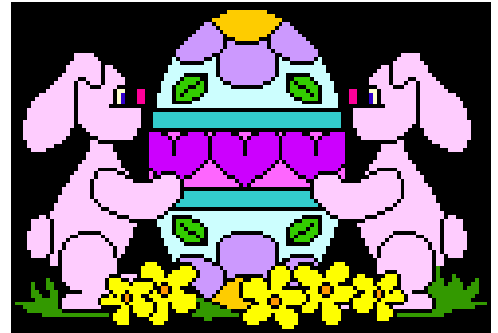
"Nicht nur die Antragstellerin, auch das Regierungspräsidium Kassel hat ihre Pflichten als neutrale Genehmigungsbehörde nach unserem Verständnis nicht wahrgenommen", teilt Kerstin Desch-Wöhrl von der Bürgerinitiative mit.

Abschließend erklärt Oliver Kalusch vom BBU: "Insbesondere in den Bereichen Standsicherheit, Hydrogeologie, Immissionsschutz und Störfallrecht sind die Antragsunterlagen der ZKW Otterbein als grob mangelhaft zu bewerten. Bei einigen Punkten hat sich die Antragstellerin in weiten Teilen nicht in der Lage gesehen, Stellung zu nehmen. Wenn der Genehmigungsbehörde daran gelegen ist, dass das Verfahren sachlich weiter betrieben werden soll, ist es zwingend erforderlich, dass die gesamten Antragsunterlagen überarbeitet, ergänzt, neu ausgelegt und neu erörtert werden. Zuvor ist es jedoch geboten, den bestehenden Planfeststellungsbescheid als Grundlage der Planänderung auf seine rechtliche Bestandskraft zu prüfen. Ein rechtmäßiger Bescheid kann anderenfalls nicht erteilt werden."

Zur Unterstützung der Arbeit der Bürgerinitiative Pro Lebensraum Großenlüder sind Spenden willkommen. Das Spendenkonto der Bürgerinitiative ist bei der Sparkasse Großenlüder, Konto-Nr. 29 003 765, Bankleitzahl 530 501 80. Informationen über die BI Pro Lebensraum Großenlüder gibt es im Internet unter <http://www.pro-grossenlueder.de>.

Aus einer gemeinsamen Pressemitteilung des BBU und seiner Mitgliedsinitiative Pro Lebensraum Großenlüder vom 23.03.2012, vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/23.03.12.html>



Impressum: BBU-Newsletter Nr. 3 / 2012, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 10.04.2012. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.